



ZURICH[®]

Unsere Kinder werden uns verfluchen!

Warum die staatliche Pensions-Absicherung nicht mehr ausreicht und worauf Ihre Kund:innen jetzt vorbereitet sein sollten.

Der österreichische Sozialstaat war viele Jahrzehnte eine Erfolgsgeschichte und wurde Jahr für Jahr ausgebaut. Allerdings gerät das **österreichische staatliche Pensionssystem** seit den 80-Jahren des vorigen Jahrhunderts in eine **stärker werdende Schieflage** und kann langfristig so kaum aufrechterhalten werden. Die Stichworte dazu sind bekannt: Wir leben alle länger, arbeiten kürzer, bekommen weniger Kinder. Das alles bringt das Umlagesystem an seine Grenzen. Im Jahr 1910 finanzierten 9 Erwerbstätige einen Pensionisten. Kürzlich stand es noch 3:1, im Jahr 2050 müssen 2 Erwerbstätige einen Pensionisten finanzieren. Die Bevölkerungs-Entwicklung haben wir im vorigen BAV-Newsletter für Sie recherchiert. **Hier zum Nachlesen** [klicken...](#)

Da die arbeitende Bevölkerung die immer mehr werdenden Pensionisten nicht mehr finanzieren können, muss Jahr für Jahr der **österreichische Steuerzahler (also wir alle) das Defizit abdecken**, um allen ihre Pensionen auszahlen zu können.

Experten und internationale Institutionen fordern daher seit vielen Jahren Reformen.

Bereits heute gibt **Österreich rund 33,5 Milliarden Euro jährlich für Pensionen** aus, was nahezu **30 % der gesamten Staatsausgaben** Österreichs entspricht und bald die gesamten Einnahmen aus der Umsatzsteuer (mit etwa 36 Mrd.) verbraucht. Doch die demographischen Verschiebungen gehen weiter, denn die geburtenstarke Babyboomer-Generation geht gerade zahlreich in Pension. Während die Zahl der Pensionsempfänger in relativ kurzer Zeit stark ansteigt, wächst die Zahl der Beitragszahler nicht im gleichen Ausmaß mit. Experten sprechen in diesem Zusammenhang bereits von einer „**demografischen Bombe**“, die in den kommenden Jahren ihre volle Wirkung entfalten wird. Damit folgt: Die Zuschüsse aus dem Bundesbudget zwecks Defizit-Abdeckung steigen weiter an. Der Ökonom Dénes Kucsera vom Thinktank Agenda Austria stellte kürzlich im KURIER fest, dass die Staatsausgaben für Pensionen **2030 die Marke von 40 Milliarden Euro** überschreiten könnten.

"Da werden uns unsere Enkel noch verfluchen"

Damit wird klar: Dieser wachsende Zuschuss-Bedarf bei Pensionen bringt wegen ebenso steigender Anforderungen in anderen Bereichen wie Gesundheit, Pflege oder Bildung **auch das staatliche Budget an den Rand der Belastbarkeit**.

Auf diese Tatsache wies auch der ehemalige Leiter der Budgetsektion im Finanzministerium, **Gerhard Steger, in der ZIB2 Ende April** hin. Von ihm stammt auch das oben angeführte Zitat. Seit damals sind zwar ein paar Wochen ins Land gezogen und man hörte regelmäßig Ideen von den Regierungsparteien, wo man wie viel zu sparen gedenkt. Aber man ist wenig überrascht, dass bei den Pensionen wiederum nur geringfügig gespart werden soll. Und trotz Budgetnöte **wiederum keine echte Pensions-Reform angegangen wird**.

Zu den Zahlen: Laut Profil-Recherche sollen im Bereich Pensionen 2027 **um 280 Millionen**, und im darauffolgenden Jahr nochmals 270 Mio. eingespart werden. Das ist natürlich viel Geld, aber im Vergleich dazu sollen die Universitäten ihr Budget in den nächsten 3 Jahren sogar **um 2,5 Milliarden** reduzieren. Dagegen regt sich nun heftiger Protest, denn diese Einschnitte würden nicht nur die Gesundheitsversorgung belasten, sondern vor allem **jene Investitionen beschneiden, die über die wirtschaftliche Stärke von morgen entscheiden**. Gespart soll also ausgerechnet dort werden, wo die Grundlagen für künftigen Wohlstand, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit gelegt werden.

Wandelt sich Demokratie zur Gerontokratie?

Das Wort Gerontokratie stammt aus dem Griechischen (geron=der Alte, kratos = Herrschaft), bedeutet also **Herrschaft der Alten**.

Laut KURIER hat Roman Herzog, der ehemalige deutsche Bundespräsident, bereits im April 2008 von einer „Rentendemokratie, in der die Älteren die Jüngeren ausplündern“, gesprochen. Und Meinungsforscher Peter Hajek bestätigt die Wichtigkeit: „Die Pensionistinnen und Pensionisten sind bereits jetzt eine einflussreiche Wählergruppe und werden in Zukunft noch mächtiger werden“. Besonders die früheren Großparteien ÖVP und SPÖ seien „von den Pensionist:innen existentiell abhängig“. Nicht nur weil die Zahl der Über-65-jährigen stetig wächst, sondern weil sie immer noch Stammwähler seien und „aus staatsbürgerlichem Pflichtbewusstsein“ häufiger zur Wahl gehen, als der Durchschnitt.

Was ist also hinsichtlich Pensionen 2027 geplant?

Laut SPÖ-Webseite schaut die Einigung der Bundesregierung wie folgt aus: Die „Mindestpension“ (bis zur Höhe der Ausgleichszulage, 1308,39 Euro) wird um 3,3 % erhöht. Alle Pensionen darüber werden um 2,95 % – und damit knapp unter der zugrunde liegenden durchschnittlichen Inflationsrate – steigen. Nur wer eine Pension über der Höchstbeitragsgrundlage von 6930 Euro (Stand 2026/06) bezieht, erhält einen Fixbetrag (im Profil ist von monatlich 204,44 Euro die Rede).

Pensionisten-Vertreter sind damit nicht einverstanden. Sie fordern die volle Inflationsabgeltung und weisen darauf hin, dass sie schon ausreichend zur Staatssanierung beitragen (etwa durch Erhöhung ihrer Krankenversicherungsbeiträge von 5,1% auf 6%). Doch DER STANDARD verweist auf eine **Studie des Fiskalrates**, die zeigt, dass die Regierung zwischen 2018 und 2024 den **Pensionist:innen großzügige Goodies** gewährte, die insgesamt 7,5 Milliarden Euro gekostet haben (Stichworte sind Pensionsbonus, Wiedereinführung Hacklerregelung, Aussetzung der Ein-Jahres-Wartefrist für Pensionsanpassungen, Anpassung an Inflation). Alleine die Tatsache, dass die Pensionen seit 2019 stärker erhöht wurden, als dies der gesetzliche Berechnungs-Automatismus vorgesehen hätte, kosten den Staat seither 1,8 Mrd. Euro.

Für die jüngeren Generationen bedeutet das eine erhebliche Herausforderung. Denn das Umlagesystem beruht auf dem sogenannten Generationenvertrag: Die Erwerbstätigen finanzieren die Pensionen der Älteren – in der Erwartung, dass spätere Generationen dies für sie selbst ebenso tun werden. Wenn sich jedoch das Verhältnis zwischen Einzahlern und Empfängern deutlich verschlechtert, gerät dieses Gleichgewicht ins Wanken. Schon heute zeigt sich, dass die Realeinkommen vieler jüngerer Menschen stagnieren oder sogar rückläufig sind, während gleichzeitig die Belastung durch Sozialabgaben perspektivisch steigen könnte. Aber die wichtige Rolle der Pensionist:innen als Wählergruppe sind wohl ein Garant dafür, dass es kaum echte Reformen im Pensionssystem geben wird.

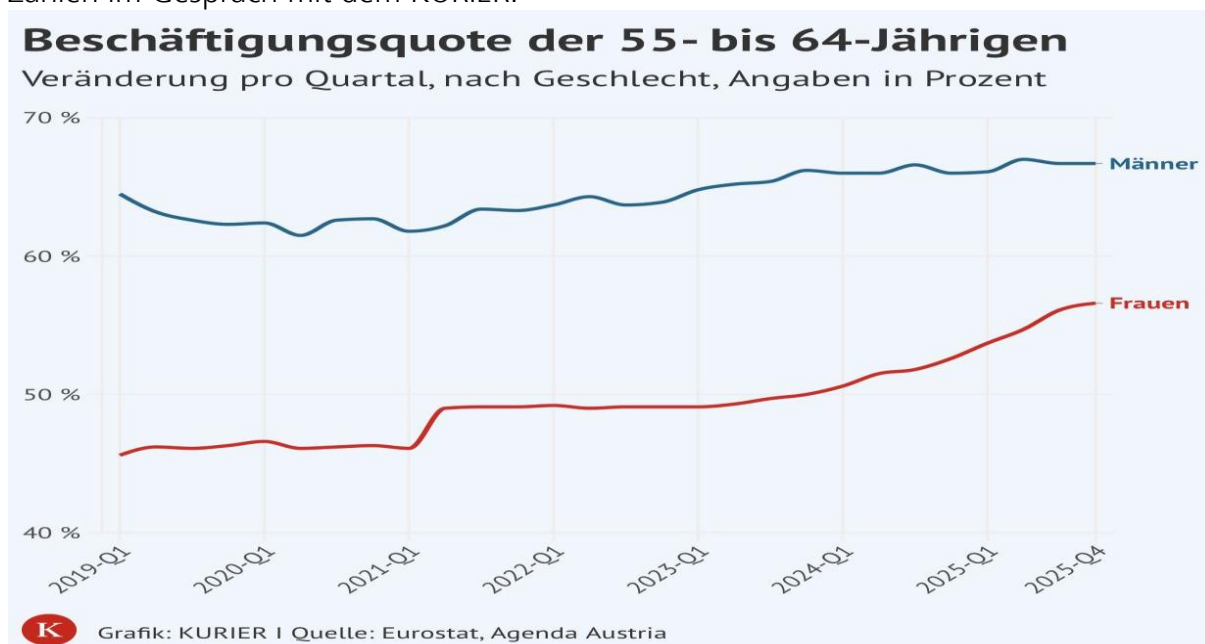
Doch diese wären dringend nötig, kommt doch auch die vom Sozialministerium eingerichtete **Alterssicherungskommission** in ihrem Mittelfristgutachten zur Pensionsversicherung vom November 2025 zur Erkenntnis, „dass das Verhältnis aus Einnahmen und Ausgaben der Pensionsversicherung den Bereich verlassen hat, den man in den letzten Jahrzehnten als mehr oder minder stabiles Gleichgewicht einordnen konnte“. Die Zuschüsse des Bundes zur **Pensionsversicherung werden bis 2030 erstmals über vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts** steigen. Der Bund wird dann bereits 25,2 Milliarden zuschießen müssen. Die Vorsitzende der Alterssicherungskommission, die stellvertretende Direktorin des Wirtschaftsforschungsinstituts, **Christine Mayrhuber, fordert „rasch wirkende Maßnahmen**, um Einnahmen und Ausgaben der Pensionsversicherung wieder näher aneinander zu führen“, zitiert das Profil.

Der Druck auf die öffentlichen Finanzen wächst, und Pensionen zählen dabei zu den größten strukturellen Kostentreibern. Für Berater:innen ergibt sich daraus eine zentrale Botschaft: Die Frage ist nicht mehr, ob sich etwas ändern muss – sondern wann und in welcher Form.

Wie wirkt sich die Anhebung des Frauenantrittsalters aus?

Einzige merkbare Strukturreform der letzten Jahre ist die schrittweise Anhebung des Pensionsantrittsalters bei den Frauen. Zur Erinnerung: Das gesetzliche Pensionsantrittsalter der Frauen steigt von 2024 bis 2033 von 60 auf 65 Jahre – konkret jährlich um sechs Monate. „Bei den Frauen steigt die Zahl der Beschäftigten signifikant“, sagt dazu Kucsera im KURIER. Die Anzahl der beschäftigten 55- bis 64-jährigen Frauen habe sich in den letzten zwei Jahren verdoppelt. „Das ist super. Und es ist auch nicht so, dass die Arbeitslosigkeit enorm steigt, wovor viele Kritiker der Erhöhung des Frauenantrittsalters gewarnt haben“, meint der Ökonom.

Damit steigt auch die Beschäftigungsquote der 55-64-Jährigen insgesamt in Österreich. Waren 2015 erst 46,3 % tätig, so stieg deren Beschäftigung 2025 laut Eurostat auf 60,9 %. Das liegt nach wie vor deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 66,5 % – und meilenweit hinter Spitzenreiter Schweden (78,4 %). „Die Beschäftigungsquote der 55- bis 64-Jährigen ist in den letzten Jahren ein bisschen besser geworden“, analysiert Ökonom Dénes Kucsera vom Thinktank Agenda Austria die Zahlen im Gespräch mit dem KURIER.



Beim Frauen-Pensionsantritt wurde also ein Schritt in die richtige Richtung gesetzt, bei den Männern jedoch ist das Pensionsantrittsalter unverändert bei 65 Jahren geblieben, obwohl die Lebenserwartung seit vielen Jahren stetig ansteigt. Daher fordern Pensionsexperten ebenso seit vielen Jahren, dass das **Antrittsalter automatisch an die steigende Lebenserwartung gekoppelt** werden sollte, um sich den politischen Kampf mit den zahlenmäßig starken und einflussreichen Pensionist:innen auf Dauer zu ersparen und das Pensionssystem reformieren zu können.

Und bis dahin?

Die Kombination aus den oben beschriebenen demografischen und politischen Faktoren führt zu einer paradoxen Situation: Einerseits ist das Problem weithin erkannt, andererseits bleibt der Handlungsspielraum begrenzt. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass notwendige Anpassungen erst spät oder nur schrittweise erfolgen – mit entsprechend größeren Auswirkungen für jene Generationen, die sich noch aktiv im Erwerbsleben befinden.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass das österreichische Pensionssystem im internationalen Vergleich nach wie vor sehr leistungsstark ist. Die Nettoersatzraten, also das Verhältnis zwischen letzterem Einkommen und Pension, liegen bei über 80 Prozent (laut PROFIL-Recherche) und damit deutlich über dem Niveau vieler anderer Länder. Aber auch dieser Umstand macht das System besonders kostenintensiv und langfristig schwer finanzierbar.

Ökonomisch betrachtet gibt es dabei nur **drei Stellschrauben: Höhere Beiträge, niedrigere Leistungen oder steigende Zuschüsse aus dem Budget** – also letztlich höhere Steuern oder mehr Verschuldung. In der Realität wird es aller Wahrscheinlichkeit nach auf eine Kombination dieser Faktoren hinauslaufen.

Besonders betroffen von der **mangelnden Pensionsreform-Fähigkeit** sind jene Menschen, die heute mitten im Berufsleben stehen und deren künftige Pension unter anderen Rahmenbedingungen berechnet wird, als jene der aktuellen Pensionist:innen.

Auf diese Zielgruppe sollten Sie als Beraterin, als Berater besonders zugehen. Insbesondere auf **Frauen und Familien**. Gerade diese Gruppen sind bereits heute überdurchschnittlich von finanziellen Risiken und Armut bedroht, womit Altersarmut oft zur unausweichlichen Folge zu werden scheint.

Umso wichtiger ist es, diese Menschen frühzeitig für private und/oder betriebliche Vorsorgelösungen zu sensibilisieren. Häufig begegnet man dabei dem Einwand: „Wie soll eine Familie, die ohnehin kaum über die Runden kommt, noch zusätzlich vorsorgen?“ Oder: „Was bringt es überhaupt, wenn aus 100 Euro nach einem Jahr nur 105 Euro werden?“

Genau hier liegt ein **entscheidender Denkfehler** – und gleichzeitig der **größte Hebel: Der Zinseszins**. 5 % pro Jahr machen nach 40 Jahren einen massiven Unterschied aus.

Den Zinseszins kann man in der langfristigen Vorsorge als „unseren Freund“ bezeichnen. Denn er sorgt dafür, dass nicht nur das ursprünglich eingezahlte Kapital verzinst wird, sondern auch die bereits erwirtschafteten Erträge wiederum neue Erträge erwirtschaften. Ein scheinbar moderater Zinssatz von z.B. **4 - 5 % pro Jahr führt über 40 Jahre hinweg** zu einem massiven Vermögensaufbau. Aus kleinen, regelmäßig investierten Beträgen entsteht so Schritt für Schritt ein **substanzieller Kapitalstock**. Entscheidend ist dabei weniger die Höhe der einzelnen Sparrate als vielmehr die Zeit, in der das Kapital arbeiten kann.

Gerade deshalb ist es so wichtig, schon früh auch mit kleinen Beträgen zu beginnen (Aufstocken kann man immer noch, wenn man besser verdient). Die Zeit ist dabei der stärkste Verbündete, um seine staatliche Pension durch Eigenvorsorge aufzufetten und an den gewünschten Lebensstil anzupassen.

Ihre Aufgabe als Beraterin und Berater?

Versuchen Sie, komplexe Entwicklungen verständlich zu erklären und damit Problembewusstsein zu schaffen. Präsentieren Sie die Fakten (etwa durch Zahlen aus obigem Beitrag, aber auch an Hand des Pensionskontos der Kund:innen, welches viele noch immer nicht kennen), machen Sie diese greifbar und leiten Sie daraus konkrete Handlungsschritte ab.

Alle Prognosen zeigen, dass kein Grund für Fatalismus besteht, auch wenn man oft hört „Ich bekomme eh keine Pension“. Auch künftig wird die staatliche Pension – trotz aller Probleme - eine wichtige Basis darstellen. Aber sie wird – wenn weiterhin keine Reformen passieren - immer weniger ausreichen, um den gewohnten Lebensstandard in der Pension zu sichern. Und eines muss klar sein - **im Sinne des „Generationenvertrages zwischen Jung und Alt“ müssen alle Beteiligten Abstriche in Kauf nehmen**, damit das Pendel nicht unnötig in eine Richtung ausschlägt!

Daher wird die 2. und 3. Säule zu einer notwendigen Ergänzung, um entstehende Versorgungslücken absichern zu helfen. Um den Spielraum auch für Unvorhergesehenes oder Unerwünschtes (etwa frühzeitige Pflegebedürftigkeit) zu erhöhen.

Geben Sie Ihren Kund:innen in dieser komplexen Welt Orientierung: Erklären Sie verständlich die Zusammenhänge und zeigen Sie Lösungen auf. Ihre Kund:innen werden es Ihnen danken.

Quellen: DER STANDARD, KURIER, Profil, SPÖ-Webseite